

Antrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Keine neuen Raketen in Europa – stattdessen Stärkung der globalen Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Welt ist durch Massenvernichtungswaffen bedroht. Durch Rüstungskontrolle und Abrüstungsmaßnahmen der vergangenen Jahrzehnte wurde zwar bis zu einem gewissen Grad das Problem der Proliferation eingehegt. Hinsichtlich der Waffenarsenale der sieben bekannten Atommächte China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan, Russland und den USA wurden jedoch kaum Abrüstungsfortschritte erzielt. Das Zerstörungspotential ist gewaltig geblieben. Nach wie vor können die Staaten eine Sprengkraft entfesseln um die Welt mehr als einmal zu zerstören. Statt ihrer Pflicht zu einer ernsthaften Abrüstung nachzukommen, scheinen die Atomwaffenstaaten derzeit vor allem bestrebt zu sein, ihr Monopol zu verteidigen und gerade im Bereich strategischer Waffensysteme ihre Dominanz zu sichern. Alle Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Trägersysteme und erweitern die Reichweite ihrer Atomwaffen – zuletzt z. B. Großbritannien mit der Entscheidung zur Modernisierung der Trident-Raketen. Die USA und Indien bauen ihre nukleare Kooperation aus, und die USA erwägen ihre Atomsprengköpfe zu modernisieren und für neue Verwendungszwecke anwendbar zu machen, z. B. in Form von sogenannten Mini-Nukes. Durch strategische Raketenabwehrsysteme wird versucht, einen besseren Schutz vor Angriffen und Vergeltungsmaßnahmen zu erreichen. In diesem Sinne dient die Aufstellung eines strategischen Raketenabwehrsystems indirekt auch immer der Normalisierung der Atomwaffen in den Waffenarsenalen. Um zu verhindern, dass andere „Noch-nicht-Atomwaffenstaaten“ diese Initiativen zur Legitimation für eine eigene atomare Aufrüstung nehmen, müssen im Hinblick auf die 2010 anstehende Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag ernsthafte Anstrengungen unternommen werden für eine neue globale Abrüstungsinitiative, die bei Arsenalen der bestehenden Atomwaffenstaaten ansetzt.

Das geplante mehrstufige Raketenabwehrsystem, welches Interkontinentalraketen sowohl in der Startphase, außerhalb der Erdatmosphäre als auch nach Wiedereintritt abfangen soll, wird internationale Abrüstungsbemühungen vor allem im Bereich strategischer atomarer Waffen schwächen und das gesamte Rüstungskontrollregime untergraben. Zeugnis dafür ist der einseitige Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag im Jahr 2002. China und Russland interpretieren das geplante Raketenabwehrsystem auch als Entwertung ihres militärischen

Potentials. Durch die Stationierung von Teilen des Raketenabwehrsystems nahe der russischen Grenze sind militärstrategische Konsequenzen zu erwarten. Die Abfangraketen würden in einigen Fällen den russischen Luftraum durchfliegen müssen. Die Radare würden auch Teile des russischen Atomwaffenarsenals und Luftraums erfassen, die Abfangraketen möglicherweise auch zum Abfangen russischer Raketen geeignet sein. Zudem haben sich die USA offengehalten, später die dort stationierten Teilsysteme für andere Ziele und Aufgaben zu rekonfigurieren. Die Stationierung verstößt außerdem gegen den Geist des NATO-Russland-Abkommens von 1997, in dem die NATO Russland zusicherte, im Zuge der Osterweiterung der NATO keine Truppen und Waffen strategischer Bedeutung, wie z.B. Atomwaffen, in Nähe der Grenze zu Russland dauerhaft aufzustellen. Das Raketenabwehrsystem bietet der russischen Regierung in jedem Fall weitere Argumente um die bereits eingeleitete Modernisierung der eigenen Atomwaffen und Trägersysteme zu beschleunigen. Ein funktionierendes Raketenabwehrsystem bedeutet außerdem die verstärkte militärische Nutzung des Weltraums durch Stationierung von Früherkennungssatelliten und durch die Entwicklung von Waffen für Abfangmissionen außerhalb der Erdatmosphäre. Internationale Bemühungen für ein Verbot der militärischen Nutzung des Weltraums werden dadurch unterlaufen. Andere Staaten können dies als Rechtfertigung dafür nehmen, selber geeignete Schutzmaßnahmen im Weltraum zu stationieren.

Das Raketenabwehrsystem der USA dient der Absicherung der geopolitischen Dominanz und militärischen Interventions- und Machtpolitik. Es unterstreicht die aggressive globale Counter-Proliferation Strategie der USA, inklusive des beanspruchten Vorrechts, Atomwaffen als erste auch gegen Nichtatomwaffenstaaten einzusetzen. Jegliche Unterstützung und Duldung eines US-Systems auf dem Gebiet der NATO-Mitgliedstaaten bzw. in der Europäischen Union bedeutet daher eine symbolische Unterstützung der derzeitigen US-Strategie. Vor diesem Hintergrund müssen die Raketenabwehrpläne der USA und die Überlegungen der NATO, sowohl ein mehrstufiges Raketenabwehrsystem für den Schutz von NATO-Truppen bei militärischen Einsätzen im Ausland aufzustellen als auch ein System für einen Schutz der NATO-Mitgliedstaaten zu entwickeln, zusammen betrachtet werden. Sie sind: Initiativen zur Absicherung und Stärkung der jeweiligen militärischen Offensivfähigkeiten.

Das US-Raketenabwehrsystem untergräbt internationale Bemühungen, durch Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen Bedrohungen zu minimieren, Rüstungskontrolle zu stärken und Abrüstung zu erreichen. Das Beispiel der Verhandlungen über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm unterstreicht, dass sich Fortschritte durch internationale diplomatische Bemühungen erzielen lassen. Eine Gewährleistung der eigenen Unverwundbarkeit reduziert zwangsläufig die Bereitschaft, mit friedlichen diplomatischen Mitteln und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen Staaten eine Lösung in Proliferationsfragen herbeizuführen. Es ist daher mit Sorge zu betrachten, dass die Unterstellungen der US-Regierung hinsichtlich der Intentionen und Handlungen des Iran sowie die Aufstellung eines gegen den Iran gerichteten Raketenabwehrsystems eher auf eine Verhärtung des Konfrontationskurses mit der iranischen Regierung hindeuten und die Bemühungen um vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit dem Iran insgesamt erschwert werden. Ohnehin erfolgt die Aufstellung eines Raketenabwehrsystems zum Schutz der USA vor einem Angriff mit nuklearbestückten Interkontinentalraketen, d. h. Raketen mit einer Reichweite von mehr als 5 500 km und einer Fluggeschwindigkeit von mehr als 5 km pro Sekunde, ohne den Nachweis, dass eine reale Bedrohung vorliegt. Gleiches gilt für die Behauptung, dass durch die Stationierung von Teilsystemen in Polen und der Tschechischen Republik auch Europa vor Interkontinentalraketen aus dem Nahen Osten geschützt werden kann.

Die Gefahr ist groß, dass die von den USA geplante Stationierung von Radarsystemen in der Tschechischen Republik und Abfangraketen in Polen die Entstehung einer neuen Aufrüstungsspirale im Bereich strategischer Waffensysteme fördert. Die für dieses globale Programm zuständige Ballistic Missile Defense Organisation geht davon aus, dass mehrere 100 Mrd. US-Dollar noch investiert werden müssen, um das umfassende Raketenabwehrsystem inklusive weltraumgestützter Radare, orbitaler Abfangraketen und Laserwaffen vollständig zu realisieren. Auch andere Staaten werden als Antwort auf die US-amerikanische Aufrüstung bestrebt sein, ein ähnliches System aufzubauen und ein noch größeres Arsenal an nuklearen Interkontinentalraketen zur Überwindung des Abwehrschirms aufzustellen.

Insgesamt ist festzustellen: Die im Raketenabwehrsystem gebündelten und integrierten strategischen Waffensysteme bergen ein erhebliches Risiko für die Menschheit. Die Folgen einer nuklearen Explosion im Weltraum für die Bevölkerung sind nicht einmal annähernd abzuschätzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich weder bilateral noch innerhalb der NATO für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Polen, Tschechien oder einem anderen europäischen Staat zu verwenden;
2. sich weder bilateral noch innerhalb der NATO an der Entwicklung und dem Aufbau eines Systems zur Abwehr interkontinentaler ballistischer Raketen zu beteiligen;
3. sich sowohl bilateral als auch innerhalb der NATO dafür einzusetzen, dass auch die bereits installierten Raketenabwehr-Frühwarnsysteme in Großbritannien und Dänemark außer Dienst gestellt werden;
4. eine weitere Militarisierung des Weltraums zu verhindern und sich für ein Zusatzprotokoll einzusetzen, welches auch den temporären Aufenthalt von Waffensystemen im Weltraum untersagt, sowie sich noch stärker dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz Verhandlungen über ein Abkommen zur Verhinderung der Stationierung von Waffen im Weltraum aufgenommen werden;
5. sich noch intensiver einzusetzen für einen Dialog zwischen den USA und dem Iran zur diplomatischen Lösung der politischen Konflikte;
6. neue Anstrengungen zu unternehmen den „Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen“ zu stärken und weitere wichtige Staaten, die über Trägertechnologien verfügen, zu einem Beitritt zu bewegen;
7. rechtzeitig im Rahmen der Vorbereitungstreffen für die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags im Jahr 2010 Vorschläge für Abrüstungsschritte der Atomwaffenbesitzerstaaten zu erarbeiten und in die Vorbereitung einzubringen.

Berlin, den 23. Mai 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

